

1 Anträge zum Landesparteitag
2 DIE LINKE Baden-Württemberg
3
4 5./6. Dezember 2020 / Leinfelden
5
6

7 Inhalt

8	Antrag P1: Digitale Vernetzung in der Partei ermöglichen	1
9	Antrag P2: Begrenzung des persönlichen Einkommens von Landtagsabgeordneten.....	2
10	Antrag G1: Solidarisch durch die Krise! Positionspapier für eine soziale, demokratische und	
11	emanzipatorische Perspektive an den Hochschulen.....	3
12	Antrag G2: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich:	7
13	Antrag G3 THEMA: Gegen Regierungsbeteiligung	8
14	Antrag G4 Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und Bildung,	
15	rechtlicher und finanzieller Lenkung	10

16
17
18
19
20
21
22

Antragssteller: forum demokratischer sozialismus Baden-Württemberg

23 Antrag P1: Digitale Vernetzung in der Partei ermöglichen

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Landespartei die Kreisverbände bei der digitalen Vernetzung unterstützt und verstärkt Möglichkeiten zur Digitalisierung prüft. Insbesondere sind dabei allgemeinverständliche Handreichungen zu bereits vorhandenen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, wie etwa Videokonferenztools und Cloud-Lösungen, von Nöten. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit innerhalb der Partei bereits digitale Werkzeuge zur Organisation von Aktionen, Infoständen oder Wahlkampfplakatierungen bereits bestehen und gegebenenfalls für den Landesverband nutzbar gemacht werden können.

Der Landesparteitag benennt zudem eine*n Ansprechpartner*in „Digitales“ als Anlaufstelle für die Kreisverbände.

Begründung:

In Zeiten der Pandemie, aber auch darüber hinaus, zeigt sich, wie wichtig die Digitalisierung geworden ist.

Auch wir als Partei wurden und werden in Zeiten der Corona-Krise vor neue Herausforderungen gestellt. Von regulären Diskussionsrunden, über die Einbindung neuer Mitglieder, bis hin zum

41 Wahlkampf Vieles musste mit Rücksicht auf den Infektionsschutz in diesem Jahr auf digitaler Basis
42 stattfinden.

43 Zahlreiche Kreisverbände standen dadurch vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Nicht überall
44 waren und sind die nötigen digitalen Kenntnisse vorhanden, weshalb die politische Arbeit massiv
45 eingeschränkt wurde.

46 Besonders weil nicht absehbar ist, wie sich das Infektionsgeschehen in den kommenden Monaten
47 und Jahren weiterentwickeln wird, werden wir in unserer politischen Arbeit kaum mehr um den
48 digitalen Raum herumkommen. Die Gliederungen der Landespartei sollten darauf bestmöglich
49 vorbereitet sein und fehlendes Wissen über zentrale Handreichungen minimiert werden.

50

51 Des Weiteren gibt es bereits heute digitale Werkzeuge, die den Aktiven vor Ort die Arbeit massiv
52 erleichtern können – egal ob bei der Organisation von Infoständen, Straßenaktionen oder schlicht
53 und einfach der Dokumentation der Wahlkampfplakatierung. Hier gab es bereits erste Schritte, auf
54 denen gegebenenfalls aufgebaut werden könnte (vgl. die App „Partisanin“, LV Sachsen).

55

56 *Kontaktperson: Moritz Kenk*

57

58 **ANTRAG von Antikapitalistische Linke (AKL) / OV Cannstatt**

59 **Antrag P2: Begrenzung des persönlichen Einkommens von** 60 **Landtagsabgeordneten**

61 **Antrag:**

62 Der Landesvorstand legt dem nächsten Landesparteitag ein Konzept über einen
63 Mandatsträgerbeitrag zur Abstimmung vor, der die Diäten von zukünftigen Landtagsabgeordneten so
64 begrenzt, dass sich ihr persönliches Einkommen etwa auf die Höhe eines guten
65 Facharbeiter*innenlohns beläuft.

66

67 **Begründung:**

68

69 Aktuell beträgt die Diät für Abgeordnete des Baden-
70 Württembergischen Landtags 8.210 € zzgl. einer Kostenpauschale von 2.286 € zzgl. 1.859 € für die
71 Altersvorsorge. Eine Mitarbeiter*innenstelle und etwaige Reisekosten werden noch zusätzlich
72 erstattet. Eine Bahncard 100 ist im Mandat enthalten.

73 Zusätzlich erhält eine Landtagsfraktion zur Wahrnehmung ihrer politischen

74 Arbeit monatlich einen Grundbetrag von 43.105 € und 2.168 € für jeden

75 Abgeordneten, außerdem noch Gelder für Fahrer*innen und Mitarbeiter*innen- Stellen. Die

76 Arbeitsfähigkeit einer zukünftigen Landtagsfraktion bliebe also erhalten.

77

78 Wer über Jahre hinweg solche Einkommen zur Verfügung hat, dem fällt es auch bei höchsten Idealen
79 schwer, nicht den Bezug zur Lebensrealität derer zu verlieren, die wir vertreten wollen - besonders
80 wenn man in seinem Alltag hauptsächlich von anderen Personen mit ähnlichen Einkommen umgeben
81 ist.

82 Es ist heute schon für viele Abgeordnete unserer Partei gängige Praxis, große Teile ihre Diäten in die
83 Unterstützung politischer Arbeit oder Spenden zu investieren. Für diese engagierten

84 Mandatsträger*innen würde sich die Transparenz vor Partei und Öffentlichkeit verbessern. Die Partei
85 und ihre Akteure würden als prinzipientreu wahrgenommen werden.

86 Die gängigen Argumente für derart große Diäten können auf eine sozialistische Partei nicht zutreffen:

87 *"Die Diäten müssen so hoch sein, weil Abgeordnete viel arbeiten, häufig mehr als 40*
88 *Wochenstunden."*

89
90 Niemand bestreitet die Arbeitsbelastung engagierter Abgeordneter. Dieses Argument müsste jedoch
91 von allen Vollzeit-arbeitenden Genoss*innen, die sich darüber hinaus noch ehrenamtlich für die
92 Partei engagieren und dafür noch hohe Mitgliedsbeiträge zahlen, als Hohn aufgefasst werden.

93 *"Die hohen Diäten ermöglichen es, mit Vertreter*innen der Wirtschaft auf*
94 *Augenhöhe zu verhandeln."*

95
96 Abgeordnete einer sozialistischen Partei sollen nicht für ihre Wähler*innen auf Augenhöhe mit
97 Wirtschaftsvertreter*innen verhandeln, sondern Fortschritte gegen diese erkämpfen.

98 *"Qualifizierte Leute würden dann lieber Karriere in der Wirtschaft machen."*

99 Allen Mandatsträger*innen einer sozialistischen Partei, denen ein Normallohn nicht ausreicht und die
100 deshalb lieber eine hochdotierte Stelle in der freien Wirtschaft anstreben, wünschen wir eben dort
101 viel Glück für ihre Zukunft. Reisende soll man nicht aufhalten.

102 Als Berechnungsgrundlage für einen fairen Mandatsträgerbeitrag könnte ein

103 Abstand relativ zum Medianlohn oder eine Einstufung in einen gängigen

104 Tarifvertrag herangezogen werden. Die Gelder könnten z.B. direkt dem Landesverband und/oder
105 über eine Fraktionsstiftung politischen Projekten zufließen.

106

107

108 **Antragsteller: Leonard Späth (Beschluss durch Gremium des OV oder KV wird nach Diskussion in**
109 **diesem nachgereicht // bis heute 11.11. kein Beschluss nachgereicht, deswegen Einzelantrag)**

110 [Antrag G1: Solidarisch durch die Krise! Positionspapier für eine soziale,](#) 111 [demokratische und emanzipatorische Perspektive an den](#) 112 [Hochschulen](#)

113 Corona hat die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche verschärft. Während Konzerne
114 Milliardenhilfen erhalten, werden Arbeitnehmer*innen vor der Tür gesetzt. Während Aktionäre
115 weiter Dividenden bekommen, bleibt für Beschäftigte im Gesundheits- und Bildungswesen nicht viel
116 mehr als Geklatsche übrig. Während Millionäre gut durch die Krise kommen, erhalten
117 Kulturschaffende nur unzureichende Hilfen.

118 Ähnliche Gegensätze werden auch an den Hochschulen zugespitzt. War schon vorher die Lage vieler
119 Studierender prekär, mussten nun aus Finanzierungsnot einige ihr Studium ansprechen. Haben schon
120 vorher Konzerne immer mehr Einfluss auf die Ausgestaltung an den Hochschulen genommen,
121 werden solche im Tech-Sektor von einer zunehmenden Digitalisierung weiter profitieren. War
122 im Studium schon vorher wenig Platz für Selbstverwirklichung, wurde mit der Umstellung auf das
123 Online-Semester dieser Trend weiter fortgesetzt. Waren die Entscheidungen in der
124 Universität schon vorher hauptsächlich von Rektoraten und der Professorenschaft bestimmt,
125 wurde nun studentische Mitbestimmung auf ein Minimum zurückgefahren.

126 Eine linke Hochschul- und Wissenschaftspolitik muss diese Mechanismen analysieren und mit
127 der Betrachtung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen in Einklang setzen. Etwa wenn es
128 darum geht, dass sowohl im Bildungs-, als auch im Gesundheits- oder Verkehrssektor wichtige
129 Investitionen weiterhin ausbleiben. Ausgehend von einem solchen Verständnis muss an den
130 Lebensrealitäten der Studierenden angeknüpft werden, die nun finanzielle Sorgen haben oder

131 wegen Nicht-Bestandener Klausuren um ihren Prüfungsanspruch bangen. Es heißt,
132 Forderungen für eine solidarische Krisenbewältigung an den Hochschulen zu erkämpfen. Aber
133 mehr noch: Die strukturellen Ursachen für Ungleichheiten, mangelnde Demokratie und
134 zunehmender Verwertungsorientierung an den Unis müssen bekämpft werden und eine linke
135 Vorstellung von soziale Sicherheit und Mitbestimmung durchgesetzt werden.

136 1. Gegen soziale Unsicherheit! Für ein Studien- Finanzierungssystem, das zum Leben reicht!

137 Über 40% der Studierenden mit Nebenjob haben diesen verloren. Weder die rückzahlungspflichtigen
138 Kredite, noch die auf maximal 500 Euro und wenige Monate begrenzten „Soforthilfen“ können die
139 verbessern. Es braucht einen stattdessen einen Vollzuschuss für Studierende, um Studienabbrüche zu
140 verhindern.

141 Die Situation offenbart, dass die aktuelle Ausgestaltung des BAföG-Systems keinesfalls soziale
142 Sicherheit garantieren kann. Auch nach den Reformen der letzten Jahre sind die Regelsätze fernab
143 der steigenden Lebenshaltungskosten.

144 Wir fordern:

145 - Ein besser ausgestattetes Soforthilfe-Programm durch das Land Baden

146 - Württemberg von mindestens 5 Millionen statt 1 Millionen Euro - auch rückwirkend!

147 - Öffnung der Studienfinanzierungsinstrumente für alle!

148 - Ein bundesweites Corona-Hilfsprogramm! Möglich etwa durch eine Studi-Soforthilfe von 3000 Euro
149 - auch rückwirkend!

150 - Erhöhung der Altersgrenzen für den Bezug von Kindergeld und den Krankenversicherungsbeiträgen.

151 – Abbau aller Hürden bei der Studienfinanzierung wie falscher Pass, Überschreitung von
152 Semesterzahlen oder zu hohes Alter.

153 Die Reform des BAföG zu einem elternunabhängigen und sanktionsfreien Vollzuschuss in Höhe
154 von mindestens 1050 Euro!

155 2. Gegen die Intensivierung von Prüfungsterror und ECTS - Jagd! Für ein selbstbestimmtes und
156 gesellschaftlich eingreifendes Studium!

157 Trotz finanzieller Not unter Studierenden, psychischer Belastungen und unzureichender Qualität von
158 digitalen Lernangeboten: An dem Dogma der Fixierung auf Klausuren und der Handhabung der
159 Begrenzung von Prüfungsversuchen wurde kaum gerüttelt. Nur wenige Hochschulen haben

160 Kulanzregelungen beschlossen, die Studierenden etwa zusätzliche Prüfungsversuche während
161 der Pandemie gewähren.

162 Damit wird der mit Bologna institutionalisierte und in den letzten Jahren gestiegene Trend der
163 Leistungs- und Konkurrenzorientierung im Studium weiter fortgesetzt. Statt wirklichem
164 wissenschaftlichen Arbeiten, Beschäftigen mit dem Fach, gegenseitigem Austausch steht immer
165 mehr pure Leistungs- und Prüfungsfixierung im Vordergrund.

166 Wir fordern:

- 167 - Zusätzliche Prüfungsversuche für das vergangene Sommer- und Wintersemester.
- 168 - Einen sofortigen Exmatrikulationsstopp!
- 169 - Der Studienverlauf darf nicht wegen der Krise beendet werden!
- 170 - Mehr Wahlfreiheit und Verwirklichungsmöglichkeiten im Studium.
- 171 - Die Abschaffung von Regelstudienzeit, Maximalstudiendauer und der Begrenzung der
172 Anzahl von Prüfungsversuchen.

173 3. Gegen das Narrativ der "Stunde der Exekutive"

174 Für die Sicherung und den Ausbau von demokratischen Strukturen!

175 Wie in der deutschlandweiten Politik während der Krise parlamentarische Kontrolle
176 zurückgefahren wurde und zivilgesellschaftliche Engagement und Diskurs, häufig tatsächlich aus
177 Infektionsschutzgründen gerechtfertigt, oft aber als Repressionsmechanismus, zurückgehalten
178 wurden, so wurden auch demokratische Strukturen an der Hochschule abgebaut. Forderungen
179 von Studierenden wurden in der Krise selten angenommen, in vielen von Universitäten
180 eingereichten Krisenstäben sind sie nicht oder kaum vertreten. Ohnehin haben Studierende und
181 wissenschaftliche Mitarbeitende kaum ein Mitspracherecht. Richtungsweisend Entscheidungen
182 der Universitätsentwicklung werden von Senaten und Rektoraten beschlossen. Ob Fragen nach
183 Prüfungsregelungen oder der Ausgestaltung der Lehre an den Hochschulen, Forderungen
184 von Studierenden werden selten diskutiert - geschweige denn aufgenommen. Wir fordern: Die
185 Einbindung aller Universitätsangehörigen in die politischen Prozesse während der Krise,
186 insbesondere an der Hochschule.

187 Eine umfangreiche Demokratisierung der Universität: Paritätisch besetzte und öffentlich
188 tagenden Hochschulgremien! 5. Gegen die Netflixisierung von Studium und Lehre - Für eine
189 gesundheitlich verantwortungsbewusste und gesellschaftlich intervenierende Präsenz an den
190 Hochschulen! Zu Beginn des Sommersemesters war eine Umstellung auf digitale Lehre
191 unausweichlich. Gesundheitliche Risiken haben ein Zusammenkommen im größeren Rahmen
192 tatsächlich unmöglich gemacht. Die Probleme davon sind offensichtlich. Soziale Grundlagen wie
193 passende Endgeräte oder funktionierende Internetverbindungen hinderten an der Teilnahme
194 an den Veranstaltungen. Asynchrone Lehre degradiert Studierende zu reinem Konsument*innen,
195 die Kommunikations- und vor allem auch Kritikmöglichkeiten gegenüber den Lehrenden wird
196 nahe zu ausgeschaltet. Sozialer Austausch während und zwischen Veranstaltungen, der doch so
197 entscheidend für die Entwicklung kritischer Reflexionsfähigkeit im Studium ist, kann nicht
198 stattfinden. Gegen Ende des Sommers schien eine umfassende Rückkehr zur Präsenzlehre

199 wieder möglich. Teilweise aus Bequemlichkeit diese unter Infektionsschutzgründen zu
200 organisieren, teilweise aber auch aus den Vorteilen, die eine Abwesenheit einer
201 intervenierenden Studierendenschaft bedeutet, entschlossen sich viele Hochschulen zu einer
202 Beibehaltung des Schwerpunktes auf der digitalen Lehre. Während die Durchführung von
203 Klausuren weiterhin präferiert wurde, wurden viel Einführungsveranstaltungen und oft
204 auch Seminare und Übungsgruppen digital geplant. Dabei braucht es doch gerade jetzt eine kritische
205 Lehre und Forschung. Warum entstehen in einem auf Naturraubbau angewiesenen kapitalistischen
206 System immer neue Seuchen und wie können wir dies durch Schutz unberührter Naturräume
207 verhindern? Warum ist ein auf Wettbewerb ausgerichtetes Gesundheitssystem in der Krise erst
208 recht nicht handlungsfähig und wie kann eine solidarische Ökonomie aufgebaut werden?

209 Der erneute Anstieg bei den Infektionszahlen macht eine großumfassende Rückkehr zur Präsenzlehre
210 nicht mehr möglich. Dennoch muss im Rahmen der aktuellen Möglichkeiten für eine möglichst breite
211 Öffnung eingetreten werden. Mittelfristig gedacht birgt die Digitalisierung der Lehre nicht nur
212 Chancen, sondern auch große Gefahren. Standardisierung von Lehrveranstaltungen bedeutet
213 nicht nur möglichen Personalabbau, sondern auch eine Homogenisierung des Lehrangebots.
214 Abhängigkeit und Einfluss von Tech-Konzernen haben Auswirkungen auf die Autonomie der
215 Hochschule.

216 Wir fordern: Keine Zweiklassen-Politik beim Infektionsschutz: Wenn Öffnungen von
217 Wirtschaftsbetrieben möglich sind, muss das auch für Einrichtung in Kultur und Bildung möglich sein!

218 Orientierung der Frage ob Lehre in Präsenz oder digital an tatsächlichen gesundheitlichen
219 Kriterien. Kein Lock down an den Hochschulen, wenn nicht aus gesundheitlichen Gründen
220 notwendig! Stattdessen: Für ein möglichst großes Angebot von Präsenzlehre! Dazu: Nach den
221 gesundheitlichen Rahmenbedingungen eine stufenweise Rückkehr zu dieser! Schrittweise
222 Wiedereröffnung von Einführungsveranstaltungen, Seminaren und Vorlesungen! Dafür:
223 Bereitstellung von ausreichend finanziellen Mitteln durch das Land, etwa zur
224 Personalaufstockung, Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten und Verwirklichung eines
225 umfangreichen Hygienekonzeptes. Rücknahme der Verordnung, Hochschulen nur für den
226 Hochschulbetrieb zur Verfügung zu stellen! Studentische Initiativen aus Politik und Kultur brauchen
227 auch jetzt Zugang zu den Räumen. Eine Stärkung von kritischen Wissenschaften! Schaffung
228 technischer Infrastruktur für Studierende und Mitarbeitende aus Risikogruppen für die
229 Teilnahme am Universitätsbetrieb. Aufbau einer unabhängigen digitalen Universitätsinfrastruktur!
230 Für die Verwirklichung dieser Grundlagen hin zu sozialen und demokratischen Hochschulen braucht
231 es eine breit angelegte Offensive und ein Zusammenwirken von Partei, dem Studierenden- und
232 Jugendverband mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Studierendenvertretungen an den
233 Hochschulen. Über Aktionen auf dem Campus, etwa zur zunehmenden Wohnungsnot von
234 Studierenden, gewerkschaftliche Arbeit mit den Beschäftigten und studentischen Hilfskräften,
235 und vielem weiteren, kann dies gelingen.<<

236 *Kontakt Leonard Späth*

237
238 **Antrag OV Cannstatt**
239

240 Antrag G2: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und
241 Personalausgleich:

242
243 **Die Linke fordert die 30-Stunden-Woche für Alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die in**
244 **einem großen Schritt eingeführt wird. Wir propagieren weder Kurzarbeit noch**
245 **Arbeitszeitverkürzungsmodelle, die Lohnverlust, Arbeitsverdichtung oder Mehrarbeit bedeuten.**
246

247
248 **Begründung:**
249

250 Das letzte Jahr hat uns gezeigt, dass die Zeit dafür mehr als überreif ist.

251 Beginnend ab dem zweiten Quartal 2019 war absehbar, dass die Wirtschaft in die Rezession
252 übergehen wird. Viele Produkte im produzierenden Gewerbe, vornehmlich der Autoindustrie,
253 konnten und können durch die, im Kapitalismus periodisch übliche, Überakkumulation nur noch
254 erschwert oder kaum mehr abgesetzt werden.

255 Dazu kam 2020 als Katalysator die Pandemie Covid 19.

256 Dort wurden die Verwerfungen der kapitalistischen Produktionsweise schonungslos aufgezeigt.
257 Während Millionen in Kurzarbeit (hier bezahlt dann der Staat einen beträchtlichen Teil als Zuschuss
258 zum Lohn für die Firmen, Banken und Konzerne) und hunderttausende in die Arbeitslosigkeit
259 geschickt wurden, fehlte es, durch die Arbeitszeitverdichtungen und Stellenstreichungen der letzten
260 Jahrzehnte, in anderen Bereichen an allen Ecken und Enden. Zeitweise wurde, per gesetzlicher
261 Anordnung, Arbeitszeiten verlängert und Ruhezeiten verkürzt.

262 Diese katastrophale Planlosigkeit, „freier marktwirtschaftlicher Anarchie“, muss im Sinne der
263 Beschäftigten revolutioniert werden.
264

- 265
266 1. Mit einer flächendeckenden 30 Stunden Woche wird effektiv die Arbeitslosigkeit bekämpft,
267 da dadurch mehr Menschen in Arbeit gebracht werden, also für mehr Menschen
268 Arbeitsplätze geschaffen werden.

269 Als die IG Metall in den 80er Jahren für die 35-Stunden-Woche gekämpft hat, waren in
270 (West)Deutschland 2 Millionen Menschen erwerbslos. Heute gibt es offiziell 2,6 Millionen und
271 einschließlich verdeckter Arbeitslosigkeit 4 Millionen Erwerbslose. Hinzu kommen mehr als 2
272 Millionen Unterbeschäftigte. Tendenz steigend.

- 273 2. Die 30 Stunden Woche muss, als Lehre aus der schleichenden Einführung in den 1980ern,
274 umgehend eingeführt werden, denn nur so lässt sich verhindern, dass die Arbeitgeber
275 erneut die Arbeit durch Verdichtung auf die gleiche Anzahl umlegen, ohne zusätzlich Leute
276 einzustellen.
- 277 3. Es finden wieder vermehrt immer mehr junge Leute keinen Ausbildungsplatz. Ziel ist es, dass
278 alle jungen Leute einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz bekommen mit Übernahme in den
279 anvisierten Beruf.
- 280 4. Entgegen Teilen aus dem Gewerkschaftsapparat und der Partei darf es keinen Lohn- oder
281 auch nur Teillohnverzicht geben. Um die Menschen für eine 30 Stunden Woche zu aktivieren
282 muss an diese Sache offensiv herangegangen werden. Deswegen darf die Herangehensweise
283 nicht nur eine Umverteilungsfrage, sondern auch eine Systemfrage sein.
- 284 5. Es muss von dem Irrglauben Abstand genommen werden, die Kapitalisten und Konzerne mit
285 Scheinargumenten ködern zu wollen. Es muss unterlassen werden zu behaupten, dass
286 Menschen bei geringerer Wochenarbeitszeit freudiger und effektiver arbeiten. Um
287 gleichzeitig den Kapitalisten und Konzernen noch mehr dieser Profite zu überlassen.
- 288 6. Somit muss auch die Frage der Finanzierbarkeit eine Frage der Macht sein. Es ist höchst
289 kontraproduktiv wenn zunächst wie beim Kurzarbeitergeld die Arbeitslosenversicherung
290 oder der Staat, einen Teillohnausgleich übernimmt und es anschließend den Firmen

291 freigestellt wird, sich an der 30 Stundenwoche zu beteiligen. Wir sehen, dass die Wirtschaft
292 in den letzten Jahren ungeheure Gewinne gemacht hat. Wir stellen jährlich fest, dass die
293 Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Das hat auch die Ursache
294 darin, dass keine angemessenen oder nur Armutslöhne gezahlt werden und so die Profitrate
295 zusätzlich gesteigert wird.

296 7. Deshalb muss zugleich der Mindestlohn auf mindestens € 13.-, als erster Schritt zu € 15.-
297 sofort steigen.

298 8. Finanziert wird dieses aus den Unternehmergewinnen. Wenn Unternehmen behaupten, sie
299 könnten das nicht finanzieren, fordern wir offensiv die Öffnung ihrer Geschäftsbücher.
300 Wenn Unternehmen mit Investitionsstreiks, Steuerflucht, Firmensitzverlagerungen,
301 Produktionsverlagerungen etc. reagieren, werden diese in öffentliches Eigentum bei
302 demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung überführt.
303

304

305 **ANTRAG von LAG Antikapitalistische Linke (AKL)**
306

307 Antrag G3 THEMA: Gegen Regierungsbeteiligung

308

309 **Antrag**

310

311 **„Schluss mit der Fiktion einer linken Mehrheit mit SPD und Grünen**

312 **Nein zur Beteiligung an Regierungen mit den Agenda-2010-Parteien**
313

314

315 1) DIE LINKE in Baden Württemberg weist das Konzept einer „linken Mehrheit mit SPD und
316 Grünen“ und eine Regierungskoalition mit SPD und Grünen zurück. Wir führen bei der
317 Landtagswahl- und Bundestagswahl 2021 einen offensiven Oppositionswahlkampf gegen alle
318 im Bundestag und Landtag vertretenen Parteien.

319

320 2) Sollten SPD und Grüne im Landtag oder Bundestag Wahlversprechen – wie höhere Steuern
321 für Reiche oder die Erhöhung des Mindestlohns - einbringen, werden wir in solchen
322 Einzelfällen dafür stimmen.

323

324 3) DIE LINKE Baden-Württemberg führt eine Debatte über eine Regierungsbeteiligung unter
325 Einbeziehung der historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und in Fortsetzung der
326 Debatte auf der Strategiekonferenz vom 29.2./1.3.2020.

327

328 **Begründung**

329

330 1. Eine Ausrichtung des Bundestagswahlkampfes auf R2G würde uns im Landtagswahlkampf schaden,
331 weil die nötige scharfe Kritik an Grünen und SPD und insbesondere auch an Kanzlerkandidat und
332 Finanzminister Scholz unglaubwürdig wird, wenn wir gleichzeitig für eine Koalition auf Bundesebene
333 unter Olaf Scholz oder einem anderen SPD-Politiker eintreten. Oder aber wir unterlassen die nötige
334 Kritik an SPD und Grünen aus Angst, dass Grüne und SPD uns eine Abfuhr als Bündnispartner erteilen.
335 Beide Optionen schaden unserer Glaubwürdigkeit. Sie hindern uns daran, aus dem Potenzial der
336 Nichtwähler Stimmen und Mitglieder zu gewinnen, um eine kämpferische Partei aufzubauen.

337 2. DIE LINKE sollte durchaus das Ziel haben, im Parlament eine Mehrheit und auch eine
338 Regierungsübernahme anzustreben. Eine Regierungsübernahme oder -beteiligung muss sich in den
339 Betrieben und Stadtteilen auf eine Massenbewegung stützen, die es dann ermöglicht, Banken und
340 Konzerne in Gemeineigentum zu überführen und eine demokratisch geplante Wirtschaft im Interesse
von Menschen und Umwelt aufzubauen. Oder in den Worten von Rosa Luxemburg ausgedrückt: „Die

341 Vertreter der Arbeiterklasse können, ohne ihre Rolle zu verleugnen, nur in **einem** Fall in die
342 bürgerliche Regierung treten: um sich ihrer gleichzeitig zu bemächtigen und sie in die Regierung der
343 herrschenden Arbeiterklasse zu verwandeln“.

344 Die Umsetzung von Reformforderungen von DIE LINKE - Umverteilung des Reichtums von oben nach
345 unten, die Abschaffung von Arbeitslosigkeit und Armut, Schutz der Umwelt, Rettung des Klimas,
346 Frieden und Abrüstung, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, Austritt aus der NATO - sind in
347 einer auf Profitmaximierung und Konkurrenzkampf basierenden Gesellschaft nicht möglich. Die
348 Maßnahmen zur Corona-Pandemie haben den Klassencharakter der Regierungspolitik erneut gezeigt.
349 Die Hunderte von Milliarden Euro, die jetzt den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden,
350 werden am Ende die Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten bezahlen müssen.

351 3. Im Kapitalismus ist die Regierung Teil des Staatsapparats oder wie Friedrich Engels es ausdrückte
352 „ideeller Gesamtkapitalist“. Der ganze Staatsapparat inklusive Staatsbürokratie, Polizei,
353 Verfassungsschutz, Bundeswehr, Justiz, Gesetze und Verordnungen sind so konzipiert, dass die
354 Profitinteressen der Kapitalistenklasse gewahrt werden. Die eigentliche Machtbasis der
355 herrschenden Klasse ist aber ihre ökonomische Macht. Deshalb ist eine Partei, die an der Regierung
356 ist, nicht an der Macht, wie Kurt Tucholsky einmal sagte. Sobald die herrschende Klasse ihre Macht
357 durch die Politik der Regierung gefährdet sieht, setzt sie ihre ökonomische Macht ein.
358 Es sei daran erinnert, dass Oskar Lafontaine als Finanzminister der SPD-GRÜNE-Regierung von
359 September 1998 bis März 1999 geringfügige Steuererhöhungen für die Konzerne und den Wegfall
360 von Steuerprivilegien für Energie- und Versicherungskonzerne plante. Das führte sofort zu einer
361 Machtdemonstration aus den Konzernzentralen. Daimler drohte mit der Verlegung des Firmensitzes
362 von Stuttgart nach Detroit. Energie- und Versicherungskonzerne drohten unverhohlen mit der
363 Schließung von Standorten, Massenentlassungen und der Verlagerung von Standorten. Sechs
364 Monate nach der Wahl hatten die Konzernchefs durch den Rücktritt von Lafontaine erreicht, was sie
365 wollten.

366 4. Die Bilanzen der Regierungsbeteiligung der PDS bzw. DIE LINKE mit den Koalitionen in
367 Mecklenburg-Vorpommern (1998 – 2006), Berlin 2002, Brandenburg (2009 – 2019), Thüringen ab
368 2014 und Bremen seit 2019 sind keine Erfolge. In diesen Regierungsbeteiligungen hat DIE LINKE
369 Verrat an ihren grundsätzlichen Programmpunkten begangen. So hat die PDS in der Regierung mit
370 der SPD in Berlin den Verkauf der damaligen GSW mit über 60.000 Wohnungen an den
371 Immobilienhai Cerberus organisiert. Im Jahr 2010 stimmte DIE LINKE dem Börsengang der GSW zu. In
372 Brandenburg hat DIE LINKE den Kahlschlag bei Stellen im öffentlichen Dienst mitgemacht und den
373 klimaschädlichen Braunkohleabbau weiter gefördert und damit die Profite von Vattenfall gesichert.
374 Überall, wo DIE LINKE in der Regierung ist, verteidigt sie die Regierungspolitik und verzichtet darauf,
375 ihre Parlamentsposten und Parteistrukturen zur Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks und
376 zur Schaffung antikapitalistischen und sozialistischen Bewusstseins zu nutzen.

377 Die Idee, dass Berlin das künftige Modell eines guten Mitregierens sei, weil hier am Beispiel
378 Mietendeckel außerparlamentarische Bewegung und Regierungsbeteiligung das gesellschaftliche
379 Kräfteverhältnis nach links verschieben, ist falsch. In Berlin sind die Verhältnisse nicht grundsätzlich
380 anders als in einer anderen Großstadt. Das gilt auch für das Aushängeschild Wohnungspolitik. Auch in
381 Berlin machen die Immobilienhaie weiter fette Gewinne. Auf Druck der Mietenbewegung hat die
382 linke Senatorin Katrin Lompscher ein Gesetz zur Deckelung und Absenkung von Mieten entwickelt
383 und es nach dem ersten Aufschrei der Koalitionspartner und der Immobilienlobby wieder
384 zurückgezogen. Übrig geblieben ist ein extrem löchriger Deckel. Dieser Mietendeckel ist Ergebnis
385 einer starken Mietenbewegung, die die Enteignung aller Immobilienkonzerne mit über 3.000
386 Wohnungen verlangt.

387 5. Wenn die Arithmetik eine SPD-Grüne-Linke-Regierung möglich macht, gibt es bei Wähler*innen
388 und Mitgliedern die Hoffnung, dass dadurch tatsächlich Verbesserungen möglich wären. Aufgrund
389 des vorübergehenden Rückgangs des Klassenkampfes setzen viele Linke-Wähler auf
390 parlamentarische Entscheidungen für Veränderungen. DIE LINKE befördert diese Einstellung durch
391 ihre parlamentarische Fixierung. Das muss dringend korrigiert werden. Wir brauchen eine starke
392 LINKE in den Parlamenten zur Beförderung des Klassenkampfes und nicht als Sprungbrett für eine
393 Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien. DIE LINKE muss ihren Wähler*innen erklären,

394 dass sie in der Opposition alle Gesetze, die zu realen Verbesserungen führen, mit ihrer Stimme
395 unterstützt, ohne auf weitergehende Forderungen zu verzichten. Sie muss aber auch erklären, dass
396 sie bei einer Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen grundsätzliche Forderungen aufgeben oder
397 durch Kompromisse verwässern oder sogar verraten müsste und sich an der Stabilisierung des
398 Kapitalismus beteiligen würde statt an der dringend notwendigen Abschaffung.

399 DIE LINKE muss den Wählern erklären, dass grundlegende Reformen nicht im Parlament, sondern
400 durch gewerkschaftliche und soziale Massenkämpfe und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis
401 zum Fall der Mauer auch durch die Systemkonkurrenz erreicht wurden. Deshalb geht es darum,
402 gewerkschaftliche und soziale Kämpfe zu befördern und sie mit dem Ziel der Abschaffung des
403 Kapitalismus zu führen.

404 6. Zur Strategiekonferenz in Kassel vom 29.2./1.3. waren 234 Positionspapiere eingereicht worden.
405 In 59 Beiträgen bzw. Positionspapieren spielte die Regierungsfrage eine wichtige Rolle. Acht,
406 hauptsächlich führende Politiker von DIE LINKE, sprachen sich für eine offensive Wahlkampfführung
407 zugunsten von R2G bei der nächsten Bundestagswahl aus, für ja, eher ja, aber unter wichtigen
408 inhaltlichen Voraussetzungen waren 18, für eher nein waren 19 und für „deutlich nein“ waren 14.
409 (Quelle: Volker Külow und Ekkehard Lieberam in JW 2.6.2020). In vielen Beiträgen wurde darauf
410 hingewiesen, dass DIE LINKE eine Strategie zur Überwindung der kapitalistischen Produktions- und
411 Machtverhältnisse und keine Strategie zur Erreichung von Koalitionsregierungen braucht.“

412

413 Ansprechpartner Werner Ott

414

415 Ökologische Plattform

416

417 [Antrag G4 Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit](#) 418 [dezentraler Wirtschaft und Bildung, rechtlicher und finanzieller](#) 419 [Lenkung](#)

420 Basis dieses Antrags und im besten von und zu Gutenberg'schen Sinne zusammengestellt
421 aus: Alternative Regionalpolitik (Aus isw 120 Roland Charles Pauli BOOMSTÄDTE und
422 Schrumpfreionen - Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der
423 Regionalpolitik in der Eurozone) und Antrag Z11 Landesparteitag der LINKEN von Matthias
424 Böhringer.

425

426 Kompakte Siedlungsstrukturen mit örtlichen Wirtschaftskreisläufen sind lange schon
427 einer räumlichen Trennung von Wohnort, Arbeitsleben, Freizeitvergnügen und sozialen
428 Kontakten gewichen. In Baden-Württemberg mit seiner starken Automobilindustrie, kommt
429 dem PKW zur Beförderung heute eine dominierende Bedeutung zu, der öffentliche
430 Personennahverkehr ist nur in städtischen Ballungsräumen ausreichend entwickelt. Doch
431 immer stärker werden die Schattenseiten dieser Automobilität sichtbar. Immense
432 Pendlerströme überlasten die Straßen, Auto- und LKW-Verkehr bringt gesundheits-
433 schädigenden Lärm und Luftschadstoffe in die Gemeinden, der Ressourcenverbrauch ist
434 gewaltig genauso wie der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen.

435

436 Immer mehr wertvoller Freiraum fällt dem Straßenausbau und neuen Logistikgewerbeflächen
437 zum Opfer. Öffentlicher Raum in den Städten wird durch die hohe Kfz-Dichte unattraktiv und
438 verödet. Der fortschreitende Ausbau der Hochleistungsverkehrsinfrastruktur löst die
439 skizzierten Probleme nicht, überfordert jedoch schon heute im Unterhalt die
440 Straßenbaulastträger. Mobilität wird zudem stetig teurer, denn die Ära des billigen Öls neigt
441 sich dem Ende zu. Mobil zu sein ist durch diese historisch gewachsenen räumlich getrennten
442 Strukturen Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe, doch immer mehr Menschen
443 können diesen Preis nicht mehr bezahlen. Die hohe Geschwindigkeit des Verkehrs führt zur

444 Zersiedelung und erzeugt so eigene Raumstrukturen. Es überwiegen die Kapitalinteressen
445 von Großkonzernen, die nur an Rendite denken und nicht an die Interessen der Menschen.
446 60% der Gütertransporte können durch regionales Wirtschaften vermieden werden. Der
447 Preis des Gütertransports muss abhängig von der Transportdistanz gemacht werden, um
448 diese verfehlten Entwicklungen einzudämmen.

449
450 Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine andere
451 Perspektive zugrunde: die solidarische regionale Strukturpolitik. Die Teilhabe der
452 Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir
453 Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze,
454 Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz,
455 auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen.

456
457 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe
458 und Vergünstigungen können das Ausbluten der strukturärmeren Regionen stoppen.
459 Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Behörden
460 können in die Regionen verlagert werden. Es ist ein Anreizsystem für
461 Unternehmensgründungen zu schaffen (Kap 5).

462
463 Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"
464 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die
465 Menschen zur Arbeit.

466
467

468 **1 Boden ist Gemeingut und keine Ware**

469 Alle Rufe nach mehr Bauen und nach billigerem Bauen sind ein politischer Holzweg und
470 ignorieren die Grenzen des Bauens. Solange die Zuwanderung in die Boomzentren nicht
471 deutlich abnimmt, wird sich an der Wohnungsnot in diesen Metropolregionen wenig ändern.
472 Statt kontraproduktive "Bauoffensiven" sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für
473 überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig. Deutschland bewegt
474 sich derzeit in eine wohnungspolitische und regionalpolitische "lose-lose-Situation". Die
475 Boomregionen werden immer teurer, die Mieten explodieren, die Infrastrukturen werden
476 immer unzureichender und die Lebensqualität für die Mehrheit sinkt. In den Krisenregionen
477 dagegen verfallen ebenfalls die Infrastrukturen und auch hier nimmt die Lebensqualität
478 bedingt durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit ab.

479 In Krisenregionen stehen ca. 2 Mio. Wohnungen leer, aber in den Boomzentren fehlen ca. 1
480 Mio. Wohnungen. Dort ist Boden knapp und die relative Knappheit des Bodens begrenzt das
481 Wohnungsangebot.

482 Boden ist eine endliche Ressource und in menschlichen Betrachtungszeiträumen nicht
483 vermehrbar. Sie zu schützen bedeutet die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende
484 Generationen zu erhalten, planetare Grenzen anzuerkennen, und so einen ökologischen
485 Gesellschaftsvertrag zu erfüllen.

486 Die Entstehung von 10 cm fruchtbaren Bodens setzt 1.000 Jahre an Erosion, Witterung
487 und biologischen Zersetzungsprozessen voraus. Einmal versiegelte Böden sind für immer
488 verloren, denn sie verlieren ihre Funktionen für den Wasserhaushalt und das Klima,
489 stehen nicht länger als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zur Verfügung und sind nicht
490 länger nutzbar für eine Landbewirtschaftung.

491
492 Dieses bedeutet, dass auf dem knappen, nicht vermehrbaren Boden nur die jeweils für
493 Bodenbesitzer und Bauträger lukrativste Nutzung realisiert wird und weniger lukrative
494 Projekte unterbleiben. Diese profitorientierten Projekte sind beispielsweise
495 Gewerbeimmobilien, Bürogebäude oder Hotels. Da außerdem seit einiger Zeit die
496 Wohnungspreise stärker steigen als die Mieten, werden bevorzugt Eigentumswohnungen
497 gebaut und keineswegs die benötigten günstigen Mietwohnungen.

498
499 Zusammengefasst: Es existieren in den Wachstumszentren einfach nicht genug ausreichend
500 schnell erschließbare Flächen. Die Marktmechanismen, die das Angebot und die Nachfrage
501 nach Wohnungen in Übereinstimmung bringen sollen, gibt es nicht. Der Markt kann nicht für
502 mehr Flächen und für ein bezahlbares Wohnungsangebot sorgen, die politischen
503 Eingriffsmöglichkeiten sind begrenzt und die Menschen können nicht beschließen, ab sofort
504 nicht mehr zu wohnen.

505
506 Doch der Wanderungsdruck wird aufrechterhalten. Wanderungen in die Wachstumszentren
507 werden weniger durch persönliche Vorlieben oder hippe kulturellen Neigungen ausgelöst,
508 sondern sind weitestgehend durch die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung sowie in
509 zweiter Linie durch die Hochschulentwicklung zu erklären.

510 Die Menschen ziehen von Städten und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hier vor
511 allem auch Jugendarbeitslosigkeit in Regionen mit mehr und mit besseren Jobs. Und dabei
512 handelt es sich vor allem um eine innereuropäische Wanderung. Seit der europäischen Krise
513 ab 2008 sind viele Menschen aus Italien, Griechenland oder auch aus Portugal in die
514 deutschen Wachstumszentren gezogen. Dies zeigt das Totalversagen von Standortpolitik.

515
516 Die Wirtschaft und vor allem die großen Unternehmen agieren und investieren weiterhin
517 völlig ungerührt von regionalen Erfordernissen oder gar von der Wohnungsnot. Aufgrund der
518 Produktivitätscluster wandern Investitionen und damit Arbeitsplätze in einige wenige
519 Ballungsräume, weil das betriebswirtschaftlich für Konzerne und Unternehmen profitabel ist.
520 Mit diesen Standortentscheidungen wird der Boom weiter angeheizt und die Mietpreise in die
521 Höhe getrieben, was die ärmere Wohnbevölkerung vertreibt und damit die Gentrifizierung
522 insgesamt verschärft.

523
524 Warum nicht dort investieren, wo die Menschen nach wie vor dringend Arbeit brauchen?
525 Warum nicht dort für ausgezeichnete technische Unis für den wissenschaftlichen Nachwuchs
526 sorgen?

527
528

529 **2 Verkehrswachstum**

530 Auch die ökologische Wirkung dieser Regionalentwicklung ist negativ. Gelegentlich hört man
531 die Ansicht, die Metropolisierung sei ökologisch positiv zu bewerten. In den großen Städten
532 ließen sich der Verkehr und die Energiesysteme effizienter steuern als in einem stärker
533 dezentralisierten Raum. Auch die EU-Kommission geht davon aus. Zitat: "Cities are more
534 efficient in terms of energy and land-use and offer the possibility of a low-carbon lifestyle."
535 (Städte sind bezüglich Energie und Landnutzung effektiver und bieten die Möglichkeit eines
536 Niedrig-Karbon- Lebensstils). Auf den ersten Blick sprechen aber bereits die
537 Alltagserfahrungen in den Zentren gegen diese These. Wenn Metropolen ständig wachsen,
538 das Umland aufsaugen und gleichzeitig Wohnraum knapp und teuer wird, hat das auch
539 Konsequenzen für den Verkehr:

540
541 Die Zahl der Pendler steigt und mit ihnen die Verkehrs- und Umweltbelastung in und um die
542 Zentren. Eine neue Studie des Bundesinstituts für Raumforschung spricht davon, dass
543 inzwischen 60 %- der Berufstätigen in Deutschland Pendler sind. Sie zeigt auch, dass die
544 täglich zurückgelegten Strecken zugenommen haben und Anfahrten von oft mehr als 100 km
545 keine Ausnahmen sind.

546
547 In Deutschlands Großstädten stockt der Verkehr. In Stuttgart z.B. steht jeder Autofahrer pro
548 Jahr 46 Stunden im Stau. Mit Milliardenaufwand sollen neue Autobahnen wie z.B. der
549 Nordoststring um Stuttgart gebaut werden, was nur den Verkehr und damit den CO₂-Ausstoß
550 erhöht. Eine polyzentrische Siedlungstruktur könnte dagegen die ökologischen Belastungen
551 minimieren.

552 Der individuelle Pendlerverkehr ist heute ein entscheidendes Problem. Der Autoverkehr
553 nimmt immer stärker zu. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stagniert. So bleibt der
554 Anteil des ÖPNV am gesamten "Mobilitätsmarkt" laut Studie Mobilität in Deutschland 2017
555 bei unverändert 10%. Die Ressourcen werden immer noch zu stark in den Straßenbau und
556 dem Motorisierten-Individual-Verkehr (MIV) Verkehr investiert.

557

558 Stattdessen beherrscht eine unsinnige Schwerpunktsetzung auf Elektroautos die
559 Verkehrspolitik als könne man den Individualverkehr aufrechterhalten.

560

561 Aber es geht nicht nur um das Thema Verkehr: Die Zentralisierung von Arbeitsplätzen, wie
562 z.B. die Automobilcluster und Konsum führt darüber hinaus zu einer entsprechenden
563 Konzentration von Emissionen und Müll, von Wasser- und Energieverbrauch. Effizienter ist
564 es, das Verhältnis von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize
565 für eine Stadt der kurzen Wege, Wohnen und Arbeiten zu schaffen.

566

567 **3 Umwelt und Metropolisierung**

568 **Das Fazit bezüglich der sozialen und ökologischen Auswirkungen der ungleichen**
569 **Regionalentwicklung lautet: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut, vor**
570 **allem in den Verliererregionen, ist Bestandteil und Folge der regionalen Divergenz in**
571 **der Eurozone und steht in einem engen Zusammenhang mit ihr.**

572

573 **Zusätzlich zur individuellen Armut entwickelt sich in diesen Regionen eine wachsende**
574 **öffentliche Armut, die viele Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge unfinanzierbar**
575 **macht und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit verstärkt.**

576

577 **Aber auch in den wachsenden Metropolen selbst nimmt die soziale Spaltung zu,**
578 **steigende Mieten und Wohnungsmangel, bedingt durch die Binnenwanderung und**
579 **den permanenten Nachfrageüberhang (Gentrifizierung), erzeugen finanziellen Druck**
580 **und sinkende Lebensqualität. Die ökologischen Konsequenzen der Metropolisierung**
581 **sind eher negativ zu bewerten.**

582

583 Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei
584 Ursachen:

- 585 - insgesamt und vor allem die Marktkonformität der Regionalpolitik und die verfehlte
- 586 Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik.
- 587 - die staatliche Sparpolitik,
- 588 - den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge

589

590 Die Sparpolitik zeigt sich anhand einiger weniger Zahlen: So beantragten die
591 Regierungsparteien 2016 bei ihrer eigenen Regierung für die kommenden Jahre eine
592 Festschreibung der Mittel für die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen
593 Wirtschaftsstruktur" (GRW) von lediglich 624 Millionen Euro pro Jahr. Das sind umgerechnet
594 0,2 % des Bundeshaushalts. Die Länder sind angehalten, aber nicht verpflichtet, noch einmal
595 dieselbe Summe draufzulegen. Die "Gemeinschaftsaufgabe", ein zentrales Element der
596 Regionalförderung, ist damit völlig unterfinanziert.

597

598 Die Politik der schwarzen Null, also der Zwang zu ausgeglichenen Haushalten, trifft die
599 (meisten) Länder und Kommunen in voller Härte. So beklagen die Sprecher der Deutschen
600 Kommunen regelmäßig deren Unterfinanzierung.

601

602 **4 Marktkonforme Kommunalpolitik**

603 Hinter diesem „Totsparen“ steht die Ideologie der Marktdominanz und Marktsteuerung. Der
604 Gedanke des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz ist auch in der Kommunalpolitik eine
605 zentrale Richtlinie. Gefördert wird nicht etwa mit dem Ziel, Schulen zu erhalten oder eine
606 flächendeckende Ausstattung mit Kliniken zu gewährleisten: Gefördert wird, um "Hilfe im
607 Wettbewerb" zu leisten. Und das hat mit Daseinsvorsorge für die Menschen gar nichts zu
608 tun. So formulieren die Regierungsparteien in ihrer EntschlieÙung zur
609 "Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur" (GRW): "Ziel muss es dabei sein, ...
610 die Wettbewerbsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Regionen zu erhöhen, um
611 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen."

612
613 Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur
614 Gewinnung von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren
615 Gewinninteressen untergeordnet. Die wesentliche eigene Finanzierungsquelle der
616 Kommunen ist die Gewerbesteuer. Damit stehen sie im "Wettbewerb" untereinander und
617 müssen um Industrieansiedlungen konkurrieren. Wer in dieser Dumpingkonkurrenz die
618 besseren Karten hat, dürfte klar sein: Die Clustereffekte saugen die Investitionen in die
619 ohnehin reichen Zentren, die mit ihren Gewerbesteuereinnahmen dann auch noch die
620 besseren Infrastrukturen für Investoren bieten können. Die finanzschwächeren Kommunen
621 und Regionen haben in diesem Spiel kaum eine Chance.
622 Dieser Wettbewerb führt zu einer Zersiedelung in den Boomregionen. Nicht nur Bayern und
623 Baden-Württemberg hinken daher den Zielen zum Flächensparen hinterher. Hemmungslos
624 werden selbst an kleine Orte Gewerbe- und Industriehallen ohne Rücksicht auf die
625 Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften in die Landschaft gestellt.
626 Mit Entwicklungskonzepten der Planungsbüros werden Leitbilder entworfen, die zumeist den
627 Wettbewerbsgedanken aufgreifen. So will man nicht nur mehr Arbeitsplätze und Wohnraum
628 für neue Einwohner schaffen, sondern auch die Kaufkraft abschöpfen. Einkaufsmärkte- und
629 Zentren entstehen mit überdimensionierten Verkaufsflächen, bilden die neuen Ortseingänge
630 oder umklammern mit den Logistikzentren die Ortschaften.

631

632 **5 Solidarische Regionalpolitik durch Investitionslenkung**

633 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe und
634 Vergünstigungen können das Ausbluten der ärmeren Regionen stoppen. Universitäten und
635 Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Ämter können in die Regionen
636 verschoben oder neu aufgebaut werden. Daneben gibt es Steuererleichterungen für
637 Unternehmensgründungen in den Regionen.

638
639 Damit ist aber Regionalpolitik bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir brauchen Elemente
640 einer neuen Investitionslenkung, die eine solidarische Regionalentwicklung ermöglicht.
641 Regionalpolitik auf EU-, aber genauso auf nationaler Ebene versucht notwendigerweise auch
642 heute schon, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Sie tut das in aller Regel durch
643 Subventionen. Diese Form von Subventionspolitik ist extrem unternehmerfreundlich und
644 teuer. Wer hat, dem wird gegeben, in der Hoffnung, dass damit noch ein paar positive
645 regionale Entwicklungseffekte herauspringen.

646
647

648 **5.1 Instrumente zur Investitionslenkung**

649

650 Notwendig ist etwas anderes vor - man könnte es auch "negative Subventionierung"
651 nennen: Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine
652 Investitionsbeschränkung und Verteuierung muss aber mit zwei Instrumenten
653 arbeiten:

654

a) Rechtlich

655 Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale
656 Selbstverwaltung. Hier wären z.B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen
657 eine straffere Anwendung übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer
658 nachhaltigen, intergenerationalen Bauleitplanung Seitens der Fachaufsicht (insb. § 1
659 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss insbesondere die Baunutzungsverordnung
660 grundsätzlich neu formuliert werden, um widerstandsfähige, integrierte
661 Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von Forderungen Agenda 21 vom
662 Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem Raumplanungsgesetz der
663 Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben. Insbesondere in
664 Boom-Metropolen muss die Versiegelung un bebauter Böden mit ihren wichtigen
665 Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur zurückgebaut werden. Das Ziel
666 der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

667

668

b) Finanziell

669 Die Gewerbesteuern für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen
670 Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die
671 Gewerbesteuern nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten
672 gestaffelt werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und
673 Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits
674 unterschiedliche Steuersätze. aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering,
675 um eine Lenkungswirkung zu entfalten und sie orientieren sich ohnehin nicht am
676 regionalpolitischen Ausgleich (Kommunale Selbstverwaltung).

677

678 Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die
679 Arbeitslosenquote, eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Je höher die
680 Beschäftigung, desto höher die Gewerbesteuer. Für die reichen Kommunen müssten die
681 Steuersätze im Vergleich zum derzeitigen Stand damit deutlich heraufgesetzt werden. Die
682 Mehreinnahmen, die Boomstädte dadurch erzielen würden, müssen sie an die Kommunen
683 und Regionen mit den niedrigeren Gewerbesteuern abführen. Sie sollen dort dazu dienen,
684 der weiteren Verarmung dieser Kreise und Gemeinden entgegenzuwirken. Ein solches
685 Steuersystem müsste neben einer regionalpolitisch differenzierten Gewerbesteuer auch
686 unterschiedliche steuerliche Abschreibungssätze für Investitionen beinhalten. In den

687 schwächeren Regionen werden durch entsprechend verbesserte Abschreibungs-
688 möglichkeiten Investitionen rentabler gemacht als in den Boomzentren. **Alternativ könnte**
689 **ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich geschaffen werden.** Dieses
690 Verfahren könnte ergänzt werden durch steuerliche Anreize zur Vermeidung von weiteren
691 Flächenverbrauch.

692
693 Es ginge darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"
694 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die
695 Menschen zur Arbeit.

696
697 DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln. Ziel
698 ist, die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen und diese verlässlicher – d.h. von der
699 konjunkturellen Lage unabhängiger – zu gestalten. Hierzu ist die Bemessungsgrundlage zu
700 verbreitern: Alle unternehmerisch Tätigen sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden,
701 auch sog. freie Berufe wie Steuerberater oder Architekten, die bislang von der Zahlung der
702 Gewerbesteuer ausgenommen sind. Kleine Gewerbebetriebe und Freiberufler sollen
703 steuerlich entlastet werden können. Andererseits sollen Mieten, Pachten, Leasingraten und
704 Lizenzgebühren in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis berücksichtigt
705 werden. Diese würde um obige Vorschläge erweitert werden

706
707

708 **5.2 Regionale Wirtschaftskreisläufe gedeihen lassen**

709 Bleibt die Frage, nach der Art und Ausrichtung der Investitionen: Dieser Aspekt der
710 regionalen Wirtschaftskreisläufe ist bisher stark unterbewertet. Regionalisierung kann den
711 Aufbau von Arbeitsplätzen in der jeweiligen Region fördern, sie kann vor allem aber auch
712 ökologisch sinnvoll sein. Besonders deutlich wird das an der Regionalisierung der
713 Energieerzeugung. Der Übergang zu regenerativen Energien in der Energiewirtschaft schafft
714 die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit zu einer Dezentralisierung. Denn die Sammlung
715 von Regenerativen ist eine kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Insofern liegt
716 es nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort
717 arbeitenden Energiefachleute, den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden
718 müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden
719 Großkraftwerken.

720
721 Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale
722 Produktionsnetze bilden. Ein wesentlicher Vorteil der Regionalisierung von
723 Produktionskreisläufen kann ist auch der Rückgang des Verkehrs. Wo nicht mehr
724 grenzüberschreitend nach dem Prinzip des billigsten Standortes produziert und die
725 hergestellten Güter dann zu immensen Umweltkosten quer durch ganz Europa transportiert
726 werden, fallen die Umweltbelastungen durch die "rollenden Lager" weg.

727 Hier besteht auch ein Ansatz zur Förderung von Regionalisierung: Die Transportkosten
728 müssen deutlich erhöht werden. Wenn es unrentabel wird, Güter quer durch Europa zu
729 transportieren, die auch regional produziert und verteilt werden könnten, entsteht ein Raum
730 für die Ausdehnung lokaler und regionaler Produktionen.

731 Durch zusammen arbeitende Akteure und Verflechtungen im Mikrokosmos mit
732 Kleinstrukturen, mittelständischen Betrieben sind eine Vielzahl von Existenzen mit
733 existenzsicherndem Einkommen möglich. Integration von Betrieben in den Orten,
734 Verzahnung mit der Landwirtschaft im Umland, statt weniger Großunternehmen mit wenigen
735 Arbeitsplätzen, durchrationalisierter Arbeit, Schichtarbeit und prekären Verhältnissen. In die
736 strukturschwachen Regionen gehören weniger die Ableger von Unternehmen der
737 Boomregionen, wichtiger sind dort verortete Geschäftssitze.

738

739 Entwicklungsschwerpunkte müssen auch dort geprüft werden, wo Strukturen zerfallen sind,
740 Gewerberuinen, Industriebrachen oder leerstehende Büro-/ Wohngebäude umgenutzt
741 werden können.

742

743

744 **5.3 Technologie- und Wissenschafts-Transfer**

745

746 In den gängigen Konzepten zur Regionalentwicklung wird häufig ein großer Wert auf die
747 Digitalisierung der abgehängten Regionen gelegt. Man geht davon aus, dass bei einer
748 flächendeckenden Versorgung mit Glasfasernetzen auf dem Land neue Möglichkeiten der
749 Produktion, Dienstleistung und Beschäftigung entstehen. Die abgehängten Regionen sollen
750 also durch Start-ups und durch Digitalwirtschaft gerettet werden. In den Medien erscheinen
751 immer wieder Berichte über vielversprechende Start-ups auf dem Land. Diese Beispiele
752 zeigen, was vielleicht möglich wäre - aber nicht, was sich hauptsächlich entwickelt. Nämlich
753 eine Zentralisierung der Digitalwirtschaft, Stärkung der wirtschaftsgeographischen „Euro-
754 Banane“, einem Reichtumsgürtel von Hamburg über Südholland, Rheinland, Rhein-Main,
755 Oberrhein, München bis Wien.

756

757 Aber natürlich würde die Digitalisierung einer solchen korrigierenden Regionalpolitik
758 Möglichkeiten schaffen. Beispielsweise kann sie es erleichtern, Arbeitsplätze zu
759 dezentralisieren und zu verlegen. Eine aktive Regionalförderung könnte also allein schon
760 durch die Schaffung von Heimarbeitsplätzen oder dezentralen Standorten der weiteren
761 räumlichen Zusammenballung von Arbeit und Arbeitsplätzen zumindest ein wenig
762 entgegenwirken.

763

764 Auch regionale Produktionskreisläufe ließen sich durch die Digitalisierung fördern, weil sie
765 Plattformen für räumlich stärker verteilte Produktions- und Dienstleistungsstandorte liefern
766 könnten. Bereits heute gibt es Datenbanken und Ausschreibungsplattformen, die regionale
767 Produzenten und Zulieferer miteinander vernetzen.

768

769 **Digitalisierung kann und soll für eine nachhaltige Energiepolitik eingesetzt werden.**

770

771 Eine aktive Regionalpolitik muss aber noch weitergehen und flankierend zu neuen
772 dezentralen Tätigkeiten auch Forschungseinrichtungen und Universitäten teilweise
773 dezentralisieren und Wissenschaftszentren in abgehängten Regionen aufbauen und fördern
774 - also die Entstehung alternativer regionaler Cluster systematisch initiieren und fördern.

775

776

777 **6 Jedem Bürger muss in jeder Stadt und in jeder Region eine**
778 **ausreichende Daseinsvorsorge garantiert und zur Verfügung gestellt**
779 **bekommen.**

780
781 In der deutschen Regionalpolitik wird derzeit mit Ortskonzepten (Zentrale-Orte-Konzept)
782 operiert, an denen Grundausstattungen der Daseinsvorsorge festgemacht werden. Allerdings
783 natürlich, wie immer in der deutschen Politik: Unverbindlich und ohne Rechtsanspruch für die
784 Bürger*innen.

785
786 In dieser staatlichen Raumplanung wird zwischen Ober-, Mittel- und Unterzentren
787 unterschieden. Dabei sollen Mittelzentren ein Einzugsgebiet von 30.000 bis 35.000
788 Menschen haben und in 45 Minuten erreichbar sein, Unterzentren einen Einzugsbereich
789 zwischen 7.000 und 10.000 Menschen. Ein Unterzentrum dient der Grundversorgung der
790 Einwohner aus dem Umland. Es sollte eine Vielfalt an zentralen Einrichtungen aufweisen.
791 Das muss aber durchgesetzt werden. Eine Konzentration auf die Stärkung von Unterzentren
792 und ein Unterzentren-/Mittelzentren-Konzept wäre ein Fortschritt. Allerdings fehlt es
793 weitgehend an Instrumenten (und am Willen) zur Durchsetzung. Darüber hinaus geht es
794 aber nicht nur um den Gegensatz Metropole/Land. Auch in ärmeren städtischen Regionen
795 gibt es große Versorgungslücken, die gefüllt werden müssen.

796
797 Ausdünnen der Daseinsvorsorge und die Beschränkungen der staatlichen Ausgaben hatten
798 aber die Divergenz im Eurogebiet beschleunigt. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und
799 Förderung eines sozialen/ kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden.
800 Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen
801 wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und
802 Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich
803 zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und
804 kommunalen Körperschaften.

805
806 Solche Standards gibt es in Ansätzen bereits. In Deutschland beispielsweise formulieren die
807 Kassenärztlichen Vereinigungen Ärzteschlüssel pro zehntausend Einwohner, Sportverbände
808 definieren Regeln zur Erreichbarkeit und Ausstattung von Sportstätten und dergleichen
809 mehr. Auch die kommunalen Aufsichtsbehörden legen Mindeststandards fest Das alles steht
810 bisher allerdings unverbindlich und unverbunden nebeneinander. Diese Regeln und
811 Richtwerte sollten also überprüft, angepasst und vor allem verbindlich gemacht werden.
812

813 **7 Statt Wettbewerb: Zusammenarbeit von Kommunen,**
814 **Planungsverbänden, Ländern**

815

816 Nun hat Politik aber auch immer ihre ideologische und vor allem ihre interessensgeleitete
817 Seite. Wirtschaft und Konzerne haben kein Interesse an ausgleichender Regionalpolitik. Sie
818 sind an der Stärkung eines Metropolenmodells mit ausgelagerten Werkbänken und
819 entsprechendem Standortdumping interessiert.

820

821 Für eine alternative Kommunal- und Regionalpolitik ist aber generell und explizit die Aufgabe
822 des "Wettbewerbs"-Konzepts notwendig. Es ist richtig, dass die kommunale
823 Selbstverwaltung eine wesentliche Säule der Demokratie ist. Kommunalparlamente,
824 Stadträte mit Rechten und Kompetenzen ermöglichen Bürgerbeteiligung. Allerdings ist
825 schnell Schluss mit der Bürgerbeteiligung, wenn der "Wettbewerb" unter den Kommunen
826 tobt. Wenn neue Gewerbegebiete und Investitionen notwendig sind, um die
827 Steuereinnahmen zu erhöhen, diktiert sofort wieder "die Wirtschaft" das Geschehen und die
828 Konditionen und keineswegs die "Bürger*innen".

829

830 Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die
831 Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren
832 Planungsverbänden definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame
833 Entwicklungsziele umzusetzen.

834

835 **Mathias Böhringer, Christoph Ozasek, Heinrich Brinker, Wolfgang Kämmerer**

836

837 »Jede und jeder sorgt für sich, soweit sie oder er dazu imstande ist. Nur wenn das jemand nicht kann, dann helfen die anderen.
838 Oder auch nicht. Man arbeitet bloß dann zusammen, wenn man etwas nur gemeinsam schafft. Oder selbst dann nicht. Wenn
839 ich allein nicht weiterkomme, helfen die Familie oder Freunde. Wenn die etwas nicht lösen können, übernimmt die Gemeinde,
840 wenn Gemeinden etwas allein nicht können, koordiniert das Land, wenn Länder etwas nicht schaffen, macht es der Staat. In
841 Europa gibt es darüber hinaus noch die EU und global die UNO. Oder eben nicht. Man nennt das Subsidiaritätsprinzip." (Daniel
842 Elsberg)

843 *Ansprechpartner Wolfgang Kämmerer*